

Extreme Rechte Nationalismus gefährdet zunehmend die Demokratie - in Ost- wie in Westdeutschland.

Was denkt Sachsen-Anhalt?

Die Mehrheit der Menschen in dem Bundesland will die Demokratie. Ein großer Teil würde aber nicht für sie einstehen und hält Alternativen für denkbar. Eine Studie zeigt, was den Menschen wichtig ist.

Sie stimmen der Idee der Demokratie zu, können sich aber auch eine Ein-Parteien-Regierung oder einen starken Führer vorstellen: In Sachsen-Anhalt gibt es laut einer Studie einen besonders hohen Anteil sogenannter fragiler Demokraten und Demokratinnen. Während 43,5 Prozent der Menschen zu den entschiedenen Befürwortenden der Demokratie gehören, zählen 54 Prozent zur Gruppe der fragilen Demokraten – wie aus dem Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 hervorgeht, den die Landesregierung in Magdeburg vorstellte. Der Monitor wird regelmäßig im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung erstellt.

„Fragile Demokraten sind nicht per se Antidemokraten“, sagte Gert Pickel von der Universität Leipzig. Vielmehr seien sie eine Gruppe, die nicht mehr ganz sicher sei. „Es sind diejenigen, die, falls es zu einem Systemumschwung kommt, nicht für die Demokratie einstehen werden“, so Pickel. „Es ist eine Gruppe, wo die AfD sehr erfolgreich sein könnte.“ Es gebe mehr fragile Demokraten und Demokratinnen unter Bürgerinnen mit formal niedriger Bildung und mit einer rechten politischen Orientierung. Im Vergleich zum Bund gebe es in Sachsen-Anhalt etwas mehr solchen fragilen Demokraten und Demokratinnen.

Die Studienautoren warnen: „In Ostdeutschland ist die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Entwicklung im Sinne einer Aushöhlung der Demokratie oder gar einer Entdemokratisierung spürbar vorhanden.“

87 Prozent der Befragten sind mit der Demokratie als Staats-

form prinzipiell zufrieden, mit dem Funktionieren der Demokratie sind viele jedoch nicht zufrieden. Insgesamt ist das Vertrauen der Menschen in Landtag und Landesregierung höher als in den Bundestag und in die Bundesregierung. Die höchsten Zufriedenheitswerte erhalte die Polizei, knapp vor der Wissenschaft, sagte Pickel.

Die Mehrheit der Menschen im Land wolle in Ruhe und seriös regiert werden, sagte Wissenschaftsminister Armin Willingmann (SPD). Das geringe Vertrauen in Parteien stimme ihn jedoch nachdenklich. Diese seien unverzichtbar für die Demokratie, sagte der SPD-Politiker.

Eine geschlossen rechtsextreme Einstellung liegt in der Bevölkerung bei einem Anteil von 8,6 Prozent vor. Dieser Anteil sei höher als der, der in Befragungen zuletzt für Ostdeutschland beziehungsweise Deutschland ermittelt worden sei, heißt es in der Studie.

Außerdem existieren gruppenbezogene Vorurteile. So finden „ausländerfeindliche Aussagen“ teils deutliche Zustimmung. 52 Prozent halten den Islam für rückständig. 81 Prozent sind überzeugt, Langzeitarbeitslose nutzten das System aus.

60 Prozent der Befragten sehen ihre persönliche Zukunft positiv. Nur 17 Prozent aber schätzen die Zukunft des Landes positiv ein. 83 Prozent befürchten, künftig nicht mehr in Frieden leben zu können.

Als wichtigste Herausforderungen werden laut Katrin Reimer-Gordinskaya vom Institut für demokratische Kultur an der Hochschule Magdeburg-



Deutschland weit rechts: Eine Studie sieht viele Menschen in Sachsen-Anhalt als "fragile Demokraten"

HENDRIK SCHMIDT/DPA

Stendal etwa Strukturprobleme wie Infrastruktur, Mobilität und soziale Gerechtigkeit benannt.

Infrastrukturministerin Lydia Hüskens sagte, die Menschen erwarteten, dass der

Staat funktioniere. Das Rezept laute: „Fehler finden, abstellen“. Zudem wollten die Menschen von der Politik gehört werden, sagte Hüskens.

90 Prozent der Befragten gaben an, dass sie mit dem Leben

in Sachsen-Anhalt zufrieden oder sehr zufrieden seien. Die Menschen schätzen die ländliche und kleinstädtische Struktur, das soziale Miteinander und den regionalen Zusammenhalt. Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) betonte mit Blick auf die AfD, die Studienergebnisse seien ein schlechtes Ergebnis für all jene, die immer wieder sagten, wie schlecht es Sachsen-Anhalt gehe.

„Die Identifikation mit dem Land ist gestiegen“, sagte Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU). Insbesondere spiele die Identifikation mit Ostdeutschland eine hohe Rolle. 62 Prozent der Befragten empfinden weiterhin eine Benachteiligung ostdeutscher Lebensläufe.

Für die Studie wurden von Mai bis Juli 1.101 Personen telefonisch und online in Sachsen-Anhalt befragt.

dpa

IB-Agentur arbeitet für AfD-Jugend

Trotz Unvereinbarkeit für Extreme offen

Die vor rund einer Woche in Gießen gegründete AfD-Jugendorganisation Generation Deutschland (GD) hat jetzt auch einen eigenen Internetauftritt. Interessanter als der bisher eher schmale Inhalt auf der Seite scheinen aber die Netzwerke dahinter. Denn erstellt wurde der Auftritt von einer Firma aus dem Geflecht der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB).

Dabei handelt es sich um die Agentur „Okzident Media“, die 2018 in Rostock von den damaligen Identitären-Kadern Daniel Fiß und Daniel Sebbin als „patriotische Multimedia-Plattform“ gegründet wurde. Fiß war nach einer Phase bei der faschistischen NPD-Jugend führender Kopf der deutschen IB. Seit 2024 arbeitet er im Schweriner Landtag als persönlicher Referent des AfD-Fraktionsvorsitzenden Nikolaus Kramer.

Fiß bestätigte den Auftrag der neuen AfD-Organisation auf Anfrage des Redaktionsnetzwerks Deutschland. Er sei aus der GD-Spitze angesprochen worden und habe die Website quasi als Freundschaftsdienst gebaut, meint er. Der GD-Vorsitzende Jean-Pascal Hohm gab auf Anfrage keine Auskunft, mit welchen Dienstleistern und Unternehmen die AfD-Jugendorganisation zusammenarbeite.

IB-Kader willkommen

Die IB steht offiziell auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD. Bei der Versammlung in Gießen haben Redner aber immer wieder betont, dass sie kein Hindernis dafür sähen, frühere IB-Kader aufzunehmen. So sagte der zum Beisitzer gewählte Kevin Dorow mit Blick auf rechtsextreme Organisationen wie die IB: „Wir distanzieren uns nicht. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass wir durch Abgrenzung Stärke gewinnen“.

Auch Hohm machte deutlich, dass er im „patriotischen Mosaik“ der GD alle Strömungen willkommen heiße. Egal, ob jemand „im Vorfeld“ der AfD, dazu gehört auch die IB, aktiv gewesen sei: „Wichtig ist, dass ihr auf der richtigen Seite der Geschichte steht, bei den Guten steht, und das sind wir.“

Hohm und Fiß kennen sich seit Jahren. 2022 trat Hohm im Youtube-Kanal von Okzident Media auf, um mit Fiß über die Strategie zur Oberbürgermeisterwahl in Cottbus zu sprechen, wo er Kreisvorsitzender der AfD ist. Im Impressum der Website ist die AfD-Bundesgeschäftsstelle genannt. Die GD ist anders als ihr Vorläufer Junge Alternative eine Teilorganisation der Partei. Okzident Media hat damit direkt für die Partei gearbeitet.

Zum Geflecht um Okzident Media gehören mehrere Gesellschaften, die von der Bundesregierung laut einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion 2021 der IB zugerechnet werden.

JAN STERNBERG

Anti-queerer Angriff in Bremen

Verdächtiger in Psychiatrie

Nach einem queerfeindlichen Angriff auf zwei junge Frauen in einer Straßenbahn in Bremen ist der mutmaßliche Täter in ein psychiatrisches Krankenhaus gebracht worden. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft.

Der 25-Jährige mutmaßliche Täter hatte laut Polizei am Freitagabend beobachtet, wie sich eine 18-Jährige und eine 19-Jährige küssten. Er beleidigte sie daraufhin queerfeindlich, schlug beiden ins Gesicht und trat auf die danach bewusstlos am Boden liegende 18-Jährige noch ein. Beide Frauen wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Tat wurde als Hassverbrechen eingestuft, der Staatsschutz ermittelt.

Bundesweit wird in den vergangenen zehn Jahren eine immer größere Zahl von Angriffen auf queere Menschen registriert, auch weil diese öfter angezeigt werden.

FR/dpa

Rechtsextremismus breitet sich aus

Beratungsstellen für Opfer und Aussteiger sehen „Jahr der Verdichtung“

VON PETER SIEBEN

Wenn der Rechtsruck ein Erdbeben ist, sind Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt und Aussteigerprogramme vielleicht so etwas wie ein Seismograf. Und dessen Nadel schlägt gerade auch bei Organisationen im Westen Deutschlands heftig aus. Das zeigt die Opferbilanz, die von der Jahresberatung Rheinland, der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und der Aussteigerberatung Nina am Dienstag in Düsseldorf vorgestellt wurde.

Nina steht für „Neue Wege in der Ausstiegsberatung“ und ist der Name einer Beratungsstelle in Nordrhein-Westfalen für Menschen, die sich von der extrem rechten Szene lossagen wollen. Der Bedarf ist groß. „Bei Beratungsanfragen hatten wir bereits 2024 einen Anstieg von 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr, und 2025 noch einmal um 35 Prozent“, so Jonas Stapper von Nina im Gespräch mit dieser Redaktion. Wer zu Nina kommt, hat

sich meist in ein ideologisches Netz verstrickt, aus dem die Personen ohne Hilfe nicht mehr heraus kommen. Oft seien ein Jobverlust oder eine Haftstrafe wegen rechtsextremistisch motivierter Straftaten Auslöser für ein Umdenken. „Menschen, die sich an uns wenden, haben selten zu Beginn eines Gesprächs schon die Ambition auszusteigen. Häufig sagen sie Sätze wie: Ich hab’ mir das anders vorgestellt. Ich habe damit zu viel Stress. Oder: So viel Hass tut mir selber nicht gut“, sagt der Politologe und Historiker Stapper.

Kritik an Mitte-Parteien

Die Beratungsstellen in NRW sprechen von einem „Jahr der Verdichtung“. Viele Entwicklungen, die sich schon zuvor abgezeichnet hätten, hätten sich 2025 spürbar beschleunigt. „Wir beobachten eine Normalisierung rechtsextremer und auch queerfeindlicher Positionen in der Gesell-

schaft“, so MBR-Mitarbeiterin Ronja Heukelbach. Bei der MBR, die auch Opfer rechtsextremer Bedrohungen berät, sei die Fallzahl in den letzten beiden Jahren um rund ein Viertel gestiegen, man komme bei der Bearbeitung nicht mehr hinterher. Die Fachleute beobachten: Extrem rechte Haltungen seien zunehmend gesellschaftlich Anschlussfähig. Das liege auch daran, dass Parteien, die eigentlich dem demokratischen Spektrum angehörten, Positionen der in Teilen rechtsextremen AfD übernahmen, etwa beim Thema Migration.

Gleichzeitig träten rechte Gruppierungen mit deutlich gesteigertem Selbstbewusstsein auf, Bedrohungen würden massiver und gewaltvoller, so die Fachleute. Das deckt sich mit Beobachtungen der Sicherheitsbehörden. 2025 gab es laut dem Bundeskriminalamt (BKA) bei rechtsmotivierten Straftaten eine Steigerung von rund 48 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das BKA spricht angesichts dessen

von einer „zunehmenden Gewaltbereitschaft“ in der rechten Szene.

Die ist überdies besser organisiert – auch international, weiß Extremismus-Experte Hans-Jakob Schindler, Direktor des „Counter Extremism Project“ in Berlin. „Für das deutsche Milieu stellen wir immer wieder enge Beziehungen zu rechtsextremistischen Milieus im Ausland, insbesondere in Österreich und in der Schweiz, aber auch in osteuropäischen Ländern, fest“, so Schindler im Gespräch mit dieser Zeitung.

Als Gründe für die steigende Zahl rechtsextremer Auffälligkeiten sieht er zwei Punkte. Erstens seien Gesellschaft und Behörden sensibilisierter und es würden mehr Fälle vorgebracht. Zweitens würden Plattformen wie Tiktok, wo Jugendliche gezielt angesprochen würden, eine Radikalisierung beschleunigen. „Bei der Finanzierung von Prävention wurde die Rolle der Social-Media-Plattformen bislang unterschätzt“, sagt Schindler.